zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ

Unsere Gemeinde

Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Rußbach

Ausgabe · August 2026 | 561422/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten



Windpark Rußbach:
Information zur geplanten Umwidmung



Liebe Rußbacher,

in den kommenden Wochen werden Entscheidungen getroffen, die unsere Gemeinde für viele Jahre prägen können. Gerade deshalb ist es wichtig, dass alle Bürger die Möglichkeit haben, sich umfassend zu informieren und sich ein eigenes Bild zu machen.

Im Widmungsbericht zum Windpark ist vorgesehen, rund **16 Hektar** als **„Grünland-Windkraftanlagen“** zu widmen.

Dabei stellt sich eine Frage, die viele Menschen beschäftigt:

Für die fünf geplanten Windkraftanlagen werden für die Fundamente insgesamt nur rund **3.500 m²** benötigt. Selbst wenn man die Kranstellflächen berücksichtigt, beträgt die tatsächlich beanspruchte Fläche etwa **1,35 Hektar.**

Warum sollen dennoch 16 Hektar – also ein Vielfaches der tatsächlich benötigten Fläche – als Grünland-Windkraft gewidmet werden? Nach dem Niederösterreichischen Raumordnungsgesetz genügt grundsätzlich die Widmung jener Flächen, auf denen die Windkraftanlagen tatsächlich errichtet werden.

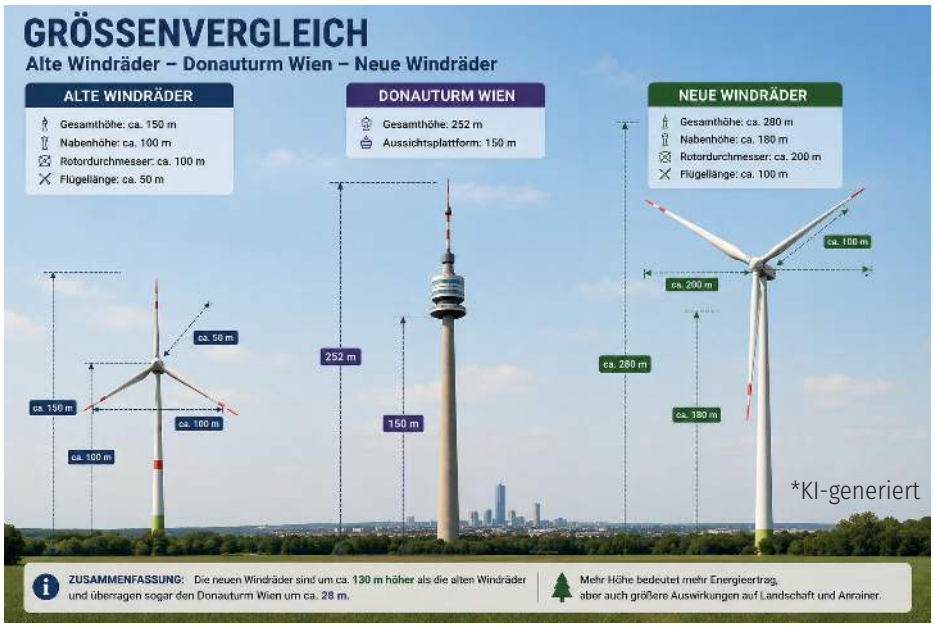
Im Widmungsbericht wird außerdem festgehalten, dass die später tatsächlich genutzten Flächen nur einen Bruchteil der geplanten Widmungsfläche darstellen werden. Dadurch ergeben sich für viele Grundeigentümer und Bürger verständliche Fragen: Was passiert mit den übrigen gewidmeten Flächen? Bleiben diese dauerhaft als „Grünland-Windkraft“ gewidmet, obwohl dort keine Windkraftanlage errichtet wird?

Welche Auswirkungen könnte das langfristig auf die Nutzung dieser Grundstücke haben – etwa für die Landwirtschaft oder zukünftige Projekte wie Agri-Photovoltaik?

Auch ist im Niederösterreichischen Raumordnungsgesetz vorgesehen, dass auf entsprechend gewidmeten Flächen unter bestimmten Voraussetzungen Energiespeicher errichtet werden können.

Deshalb erscheint es uns wichtig, offen über die langfristigen Perspektiven und Möglichkeiten einer solchen Widmung zu informieren.

Warum wir diese Information weitergeben



Unser Anliegen ist nicht, jemanden von einer bestimmten Meinung zu überzeugen.

Unser Anliegen ist, dass vor einer Entscheidung dieser Tragweite alle relevanten Informationen offen auf dem Tisch liegen und jede Bürgerin und jeder Bürger die Möglichkeit hat, sich selbst eine fundierte Meinung zu bilden.

Aus diesem Grund haben wir **Unterschriften für einen Initiativantrag an den Bürgermeister gesammelt.**

Ziel dieses Antrags ist es,

- eine Volksbefragung über die geplante Umwidmung der Grundstücke zu ermöglichen und
- die Bevölkerung umfassend, nachvollziehbar und transparent über das gesamte Projekt und dessen mögliche langfristige Auswirkungen zu informieren.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Bürgern, die den Initiativantrag unterstützt haben. Rund 140 Rußbacher haben sich mit ihrer Unterschrift für eine Volksbefragung ausgesprochen.

Wir sind überzeugt, dass die Unterstützung in der Bevölkerung noch größer ist.

Mehrere Bürger haben uns gegenüber mitgeteilt, dass sie den Wunsch nach einer Volksbefragung grundsätzlich teilen, jedoch aus Sorge vor möglichen persönlichen Nachteilen oder Benachteiligungen auf eine Unterschrift verzichtet haben.

Dass solche Bedenken überhaupt geäußert werden, bedauern wir sehr.

Gerade bei einem Thema, das die Zukunft unserer Gemeinde betrifft, sollte jede und jeder seine Meinung frei und ohne Angst vor möglichen Konsequenzen äußern können. Eine offene Gesprächskultur, gegenseitiger Respekt und die Möglichkeit, unterschiedliche Meinungen ohne Vorbehalte zu vertreten, sind wichtige Grundlagen einer lebendigen Gemeinde und einer funktionierenden Demokratie.

Wir sind überzeugt, dass eine offene Information und die Einbindung der Bevölkerung das Vertrauen stärken und zu einer guten Entscheidung für unsere Gemeinde beitragen.

Denn unabhängig davon, wie man persönlich zum Windpark steht, sollte eine Entscheidung von solcher Bedeutung auf Transparenz, umfassender Information und einer möglichst breiten Beteiligung der Bevölkerung beruhen.

Nur wer alle Fakten kennt und seine Meinung frei äußern kann, kann verantwortungsvoll über die Zukunft unserer Gemeinde mitentscheiden.

Unser Vorschlag für Rußbach:

30 Euro Feuerbeschau-Bonus



Die verpflichtende Feuerbeschau stellt für viele Haushalte eine zusätzliche finanzielle Belastung dar. Je nach Objekt belaufen sich die Kosten dafür auf etwa 90 bis 140 Euro. Um die Bürger von Rußbach zumindest teilweise zu entlasten, haben wir einen Feuerbeschau-Bonus in Höhe von 30 Euro pro Haushalt vorgeschlagen. Unser Ziel war eine rasche, unbürokratische und direkte Unterstützung für alle Betroffenen.

Leider wurde dieser Vorschlag von der Bürgermeisterpartei bereits in erster Instanz abgelehnt. Besonders bedauerlich ist, dass das Thema danach nicht mehr weiterverfolgt oder öffentlich diskutiert wurde.

Wir sind weiterhin der Ansicht, dass eine Entlastung der Bevölkerung dort ansetzen sollte, wo Kosten unmittelbar bei den Bürgern entstehen. Der vorgeschlagene Bonus hätte zwar nicht die gesamten Kosten gedeckt, aber einen spürbaren Beitrag geleistet und gezeigt, dass die Gemeinde die Anliegen ihrer Bürger ernst nimmt.

Auch in Zukunft werden wir uns für konkrete Maßnahmen einsetzen, die den Menschen in Rußbach direkt zugutekommen und finanzielle Belastungen abfedern.

Neue Führung im Prüfungsausschuss

Nachdem der bisherige Obmann des Prüfungsausschusses, der von der SPÖ gestellt wurde, sein Amt aus gesundheitlichen Gründen zurücklegen musste, wünschen wir ihm auf diesem Weg alles Gute und eine rasche Genesung.

Da sich aus den Reihen der SPÖ niemand bereit erklärte, diese Funktion zu übernehmen, wurde das Amt unserer Fraktion angeboten. **Gemeinderat Christoph Angerer** stellte sich dieser Verantwortung und wurde vom Gemeinderat einstimmig zum Obmann des Prüfungsausschusses gewählt.

Für uns steht fest:

Verantwortung zu übernehmen bedeutet, im Interesse der Bürger zu handeln. Wir werden diese Aufgabe mit Sorgfalt, Transparenz und Objektivität wahrnehmen und freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen Fraktionen zum Wohle unserer Gemeinde.



Gelungene Ostereierverteilaktion

Bei unserer Ostereierverteilaktion durften wir zahlreiche Bürger begrüßen.

Neben kleinen Ostergrüßen entstanden viele nette und interessante Gespräche.

Der persönliche Austausch ist uns besonders wichtig. Wir bedanken uns bei allen Besuchern.



FPÖ-Bezirkswein kommt aus Oberrußbach

Ein besonderer Grund zur Freude für unsere Gemeinde:

Der diesjährige FPÖ-Bezirkswein des Bezirks Korneuburg stammt aus Oberrußbach.

Die feierliche Weintaufe auf der Burg Kreuzenstein bildete den würdigen Rahmen für die Präsentation des Bezirksweins.

Die Patenschaft übernahm **LH-Stellvertreter Udo Landbauer**, der damit seine Verbundenheit mit der regionalen Weinbaukultur unterstrich. Das von dem Künstler Odin Wiesinger gestaltete Etikett verleiht dem Wein auch optisch





eine besondere Ausstrahlung.Wir sind stolz darauf, dass der FPÖ-Bezirkswein aus unserer Gemeinde kommt und gratulieren unserem Winzer herzlich zu dieser besonderen Auszeichnung. Ein regionales Qualitätsprodukt, das Oberrußbach weit über die Gemeindegrenzen hinaus hervorragend repräsentiert.

70 Jahre FPÖ:

Festakt und Feierlichkeiten in Wien



Anlässlich des 70-jährigen Bestehens der FPÖ fand ein festlicher Empfang in der Hofburg Wien statt. Zahlreiche Persönlichkeiten aus der nationalen und internationalen Politik nahmen an diesem besonderen Ereignis teil.

Vertreten wurde unsere Gemeinde durch Gemeinderat Christoph Angerer, der die Gelegenheit nutzte, an diesem historischen Jubiläum teilzunehmen und zahlreiche interessante Begegnungen zu erleben.

Anschließend wurde am Stephansplatz in Wien mit einem großen Volksfest gemeinsam mit vielen Besuchern weitergefeiert.

Am Michelberg:

Sommerfrühschoppen der FPÖ-Bezirksgruppe Korneuburg

Beim traditionellen Sommerfrühschoppen der FPÖ-Bezirksgruppe Korneuburg am Michelberg standen Geselligkeit und Gemeinschaft im Mittelpunkt.

Gemeinderat Leopold Pichler und Gemeinderat Christoph Angerer verbrachten gemeinsam mit **Bezirksparteiobmann LAbg. Mag. Hubert Keyl** und zahlreichen Besuchern einen gemütlichen Tag in bester Stimmung.

Die Veranstaltung bot eine schöne Gelegenheit zum persönlichen Austausch und zum gemeinsamen Feiern in entspannter Atmosphäre.






FPÖ
HIER IST PLATZ FÜR DICH!
WERDE MITGLIED
IN RUSSBACH
DEINE ANSPRECHPERSON ZUR MITGLIEDSCHAFT IST:
GR PICHLER LEOPOLD
E-MAIL: fp-russbach@gmx.at


FREIHEITLICHE JUGEND
JUGEND VORAN!
DIE ZUKUNFT GEHÖRT UNS!
JETZT MITGLIED WERDEN!
FJNOE.AT
MARCEL HAVLICEK
FJ-OBMANN BEZ. KORNEUBURG
0676 5045918
marcelhavlicek50@gmail.com
FREIHEITLICHE JUGEND NIEDERÖSTERREICH

Udo Landbauer bringt Bus, Bahn und Anrufsammeltaxi in ein gemeinsames System



Mobilität entscheidet über Lebensqualität. Gerade im Weinviertel wissen die Menschen ganz genau, dass öffentlicher Verkehr im ländlichen Raum anders funktionieren muss als in Wien oder in anderen Ballungsräumen. Wer am Land lebt, braucht verlässliche Verbindungen für den Weg zur Arbeit, zur Schule, zum Arzt, zum Einkaufen und zurück nach Hause. Gleichzeitig muss klar sein: Ein großer Linienbus ist nicht überall und zu jeder Tageszeit die richtige Antwort. Dort, wo viele Menschen unterwegs sind, braucht es starke Linien. Dort, wo die Nachfrage geringer ist, braucht es flexible Lösungen.

Genau hier setzt das neue Verkehrsmodell „Weinviertel West“ an.

Unter der Verantwortung von Verkehrslandesrat **LH-Stellvertreter Udo Landbauer** wird der öffentliche Verkehr im westlichen Weinviertel neu geordnet. Nicht ideologisch, nicht abgehoben, sondern praktisch: Bahn, Regionalbusse und Anrufsammeltaxis werden zu einem integrierten Gesamtangebot verbunden. Das ist der richtige Weg für unsere Region.

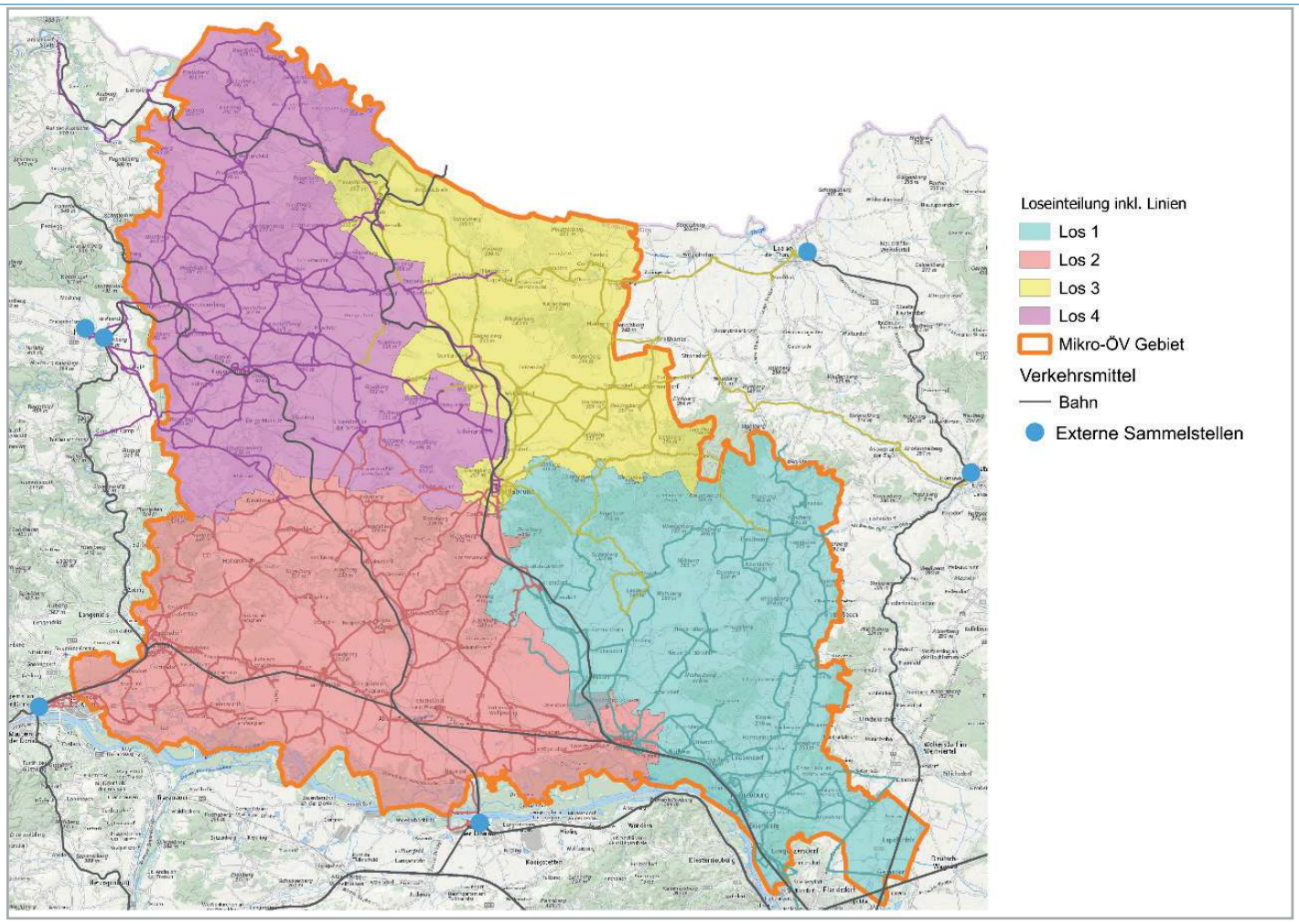
Das sogenannte leopoldi-Prinzip der NÖVOG verbindet die Stärken des klassischen Linienverkehrs mit den Stärken flexibler Bedarfsverkehre. Die Bahnlinien und die LEOpoldi Regionalbusse bilden die starken Hauptachsen. Sie sind die Hauptschlagadern des öffentlichen Verkehrs und sollen dort fahren, wo viele Fahrgäste unterwegs sind. Ergänzend dazu kommen die leoPOLDI Anrufsammeltaxis zum Einsatz. Sie kommen dort zum Einsatz, wo große Linienbusse wirtschaftlich und verkehrlich wenig sinnvoll sind – in der Fläche, auf Nebenstrecken und zu Zeiten geringerer Nachfrage.

Damit entsteht kein Flickwerk, sondern ein Gesamtmodell. Das ist der entscheidende Unterschied. Es geht nicht darum, hier ein paar Busse und dort ein paar Taxis nebeneinander fahren zu lassen. Es geht darum, die Angebote so aufeinander abzustimmen, dass der Bürger verlässlich von A nach B kommt. Gerade Pendler, Schüler, Familien und Senioren brauchen keine politischen Schlagworte, sondern ein Angebot, das im Alltag funktioniert

Die Leistungsdaten zeigen, dass hier nicht klein gedacht wird. Das Pilotprojekt „Weinviertel West“ umfasst rund 70 Gemeinden mit etwa 200.000 Einwohnern. Geplant sind rund 150 leopoldi Regionalbusse auf etwa 65 Linien. Diese werden pro Jahr rund 5,2 Millionen Kilometer zurücklegen. Zusätzlich sollen rund 21 leopoldi Anrufsammeltaxis Montag bis Samstag unterwegs sein. Bestellt werden können diese flexibel – telefonisch und über die poldi-App. Das Pilotprojekt wird für acht Jahre vergeben, mit der Möglichkeit einer Verlängerung auf zehn Jahre.

Das ist ein starkes Signal für das Weinviertel. Udo Landbauer zeigt damit, dass öffentlicher Verkehr im ländlichen Raum nicht an starren Denkmustern scheitern darf. Der Verkehrslandesrat setzt auf Qualität, Verlässlichkeit und einen sinnvollen Einsatz von Steuergeld. Genau das ist freiheitliche Verkehrspolitik: Das Angebot muss den Menschen dienen – nicht irgendwelchen politischen Moden.

Besonders wichtig ist dabei die Rolle der NÖVOG. Seit Ende 2024 hat die Niederösterreichische Verkehrsorganisationsgesellschaft



die Gesamtverantwortung für den öffentlichen Regionalbusverkehr übernommen – also für Busse und bedarfsgesteuerte Verkehre. Das ist ein wesentlicher Schritt, weil damit Planung, Abstimmung und Verbesserung aus einer Hand erfolgen können. Buslinien müssen untereinander funktionieren. Bus und Bahn müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Und flexible Angebote müssen dort eingesetzt werden, wo sie echten Nutzen bringen.

Udo Landbauer hat in dieser Frage klar gemacht, worum es geht: Öffentlicher Verkehr muss pünktlich und verlässlich sein. Das klingt einfach, ist aber der Kern jeder vernünftigen Verkehrspolitik. Die Menschen brauchen keine schönen Konzepte am Papier, sondern ein System, das sie in der Früh zur Arbeit bringt, am Nachmittag nach Hause, den Schüler in die Schule und den älteren Menschen zum Arzt.

Dass der Betriebsstart von „Weinviertel West“ nun für 2027 geplant ist, liegt nicht an politischer Untätigkeit. Der Abschluss des Vergabeprozesses hat sich wegen eines Rechtsmittels eines unterlegenen Bieters verzögert. Das ist in einem Rechtsstaat möglich und muss auch entsprechend abgewickelt werden. Wer daraus ein politisches Versagen des Landes konstruieren will, ignoriert entweder bewusst die Rechtslage oder versteht das Verfahren nicht. Ein Verkehrslandesrat kann ein Vergabeverfahren nicht einfach per Zuruf abdrehen oder einen Einspruch wegtelefonieren. Das unterscheidet seriöse Regierungsarbeit von billiger Oppositionsinszenierung.

Genau diese haltlose Inszenierung erleben wir derzeit leider von der SPÖ. Aus einer schwachen politischen Position heraus wird versucht, die Verantwortung für das Auslaufen des Anrufsammeltaxis im Bezirk Korneuburg dem Land Niederösterreich umzuhängen.

Das ist falsch. Es ist eine tatsachenwidrige Darstellung und eine Nebelgranate auf Kosten der Bürger.



Die Fakten sind klar: Das regionale Anrufsammeltaxi-System im Bezirk Korneuburg geht auf das Jahr 2015 zurück. Damals startete das Vorgängermodell „Korneuburg ISTmobil“ als regionales Zusatzangebot. Dieses Angebot war aber nie das Grundangebot des Landes Niederösterreich. Es wurde von der Region zusätzlich zum bestehenden Regionalbusangebot eingeführt.

Genau deshalb war auch immer klar: Die Gemeinden bestellen, organisieren und tragen ihren Anteil. Das Land kann fördern – und das Land hat gefördert.

Auch für das Betriebsjahr 2026 wurde die Landesförderung zugesagt. Konkret geht es um 200.528 Euro Landesförderung bei 469.800 Euro Gesamtkosten. Das Land Niederösterreich hat damit geliefert. Es hat seine Aufgabe als Fördergeber erfüllt. Wer jetzt behauptet, das Land habe „abgedreht“, verbreitet eine Unwahrheit. Die Einstellung von „Korneuburg mobil“ per 30. Juni 2026 beruht auf einer Entscheidung der beteiligten Gemeinden. Diese Gemeinden finanzieren und bestellen das System. Wenn sie die Verträge nicht weiterführen, dann ist das eine regionale Entscheidung. Und ja:

Dazu gehören auch Gemeinden, in denen die SPÖ kommunalpolitische Verantwortung trägt oder mitverantwortlich ist. Gerade deshalb ist die rote Empörung besonders durchsichtig.

Dort, wo man selbst in den Gemeinden Verantwortung trägt, will man plötzlich nichts mehr davon wissen – und zeigt mit dem Finger auf das Land.

Dabei wäre der Weg klar gewesen. Bis zur Umsetzung von „Weinviertel West“ hätte die Region das bestehende Zusatzangebot weiterführen und für eine weitere Förderung beim Land ansuchen können.

Das Land steht weiterhin als Fördergeber im Rahmen der geltenden Regeln zur Verfügung. Aber eines muss auch gesagt werden: Wer ein zusätzliches Angebot bestellt, muss auch bereit sein, den nach Abzug der Förderung verbleibenden Anteil zu tragen. Verantwortung kann man nicht nur dann übernehmen, wenn sie politisch angenehm ist.

Mit dem Start von „Weinviertel West“ wird sich diese Struktur ohnehin grundlegend verbessern. Dann werden große Teile der bedarfsgesteuerten Grundversorgung in das neue Landesgrundangebot integriert.

Für die Gemeinden bedeutet das: Künftig fällt für die ausgeschriebene bedarfsgesteuerte Grundversorgung kein eigener Kostenbeitrag mehr an. Gerade das zeigt, wie sinnvoll das neue Modell ist. Es nimmt nicht nur den Bürger ernst, sondern entlastet auch die kommunale Ebene.

Eine zentrale Rolle in dieser Auseinandersetzung nimmt auch LAbg. Mag. Hubert Keyl ein.

Als Verkehrssprecher der FPÖ Niederösterreich, als Obmann des Verkehrs-Ausschusses im NÖ Landtag und als Bezirksparteiobmann im Bezirk Korneuburg kennt er die Lage vor Ort und die Abläufe im Landtag. Er hat in der Debatte klar ausgesprochen, was Sache ist: Das Land liefert. Die Gemeinden haben eingestellt. Und die SPÖ versucht, mit einer armseligen Inszenierung von dieser Tatsache abzulenken.



LAbg. GR Mag. Hubert Keyl
Fraktionsobmann

Keyl steht dabei für eine Politik, die sich nicht von Schlagzeilen treiben lässt, sondern die Zuständigkeiten sauber benennt.

Gerade im Verkehr braucht es Sachlichkeit. Wer bestellt? Wer zahlt? Wer fördert? Wer entscheidet? Diese Fragen muss man beantworten, bevor man politische Vorwürfe erhebt. Genau das wurde im Landtag klargestellt. Die Freiheitlichen stehen zu einer funktionierenden Mobilität im Weinviertel.

Wir wissen: Das Auto bleibt im ländlichen Raum unverzichtbar. Aber dort, wo öffentlicher Verkehr sinnvoll ist, muss er auch verlässlich und sauber organisiert sein. Das neue Modell „Weinviertel West“ ist deshalb ein wichtiger Schritt. Es verbindet starke Linien mit flexiblen Angeboten. Es berücksichtigt die Realität der Fläche.

Und es folgt einem einfachen Grundsatz: Öffentlicher Verkehr muss dem Bürger nützen. Während andere Parteien versuchen, aus Verzögerungen im Vergabeverfahren oder aus kommunalen Entscheidungen parteipolitisches Kleingeld zu schlagen, arbeitet Udo Landbauer an einer strukturellen Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in Niederösterreich. Das ist der Unterschied zwischen Verantwortung und Theater.

Für das Weinviertel bedeutet „Weinviertel West“ eine echte Chance: mehr Ordnung im System, bessere Abstimmung von Bus und Bahn, flexible Ergänzung durch Anrufsammeltaxis und ein Angebot, das auf die Bedürfnisse der Menschen im ländlichen Raum zugeschnitten ist.

Genau diesen Weg werden wir Freiheitliche weiter unterstützen.



Integration ist Pflicht, keine Option:

Neuer Integrationskodex durch freiheitliche Regierungsbeteiligung möglich



Martin Antauer
Landesrat

Die FPÖ steht klar gegen weitere Zuwanderung, vor allem aus kulturfremden Regionen. Denn wir sehen jeden Tag, welche Probleme entstehen, wenn Menschen zu uns kommen, die unsere Sprache nicht sprechen, unsere Werte nicht teilen und unsere Lebensweise ablehnen.

Viele dieser Zuwanderer wurden von der Bundesregierung in unser Land gelassen. Die Folgen spüren unsere Gemeinden, unsere Schulen, unsere Betriebe und unsere Bevölkerung.

Genau deshalb sagen wir in Niederösterreich klar: Wenn Menschen durch die falsche und verantwortungslose Migrationspolitik der Bundesregierung hierbleiben dürfen, dann müssen ausnahmslos alle ihren Beitrag leisten.

Dafür haben wir den neuen Integrationskodex geschaffen. Er stellt unmissverständlich klar: Integration ist Pflicht, keine Option. Wer in Niederösterreich leben will, muss Deutsch lernen, unsere Gesetze achten, unsere Werte respektieren und für sich selbst Verantwortung übernehmen.

Es darf nicht sein, dass der Staat zahlt, die Bevölkerung die Folgen trägt und manche glauben, sie müssten sich nicht anpassen. Seit die FPÖ in Niederösterreich mitregiert, werden die Dinge anders. Wir schauen nicht weg. Wir reden Probleme nicht schön. Wir setzen dort an, wo das Zusammenleben tatsächlich entscheidet: bei Sprache, Arbeit, Schule, Wohnen, Sicherheit und Respekt vor unserer Rechtsordnung.

Deutsch ist der Schlüssel. Wer unsere Sprache nicht spricht, kommt in der Schule nicht mit, findet schwer Arbeit und bleibt oft in Parallelgesellschaften hängen. Deshalb braucht es klare Deutschpflichten im Alltag, in Bildungseinrichtungen und im Kontakt mit Behörden.

Auch beim Arbeiten braucht es klare Regeln. Unser Sozialsystem ist für echte Notlagen da. Es darf aber kein dauerhaftes Lebensmodell sein. Wer arbeiten kann, muss arbeiten. Wer Hilfe bekommt, muss mitwirken.

Ebenso gilt: In Niederösterreich stehen unsere Gesetze über religiösen Sonderregeln, Ehrvorstellungen oder Traditionen, die nicht zu unserer Lebensweise passen. Gleichberechtigung, Rechtsstaat, Sicherheit und Respekt sind nicht verhandelbar.

Wer sich integriert, Deutsch lernt, arbeitet und unsere Regeln achtet, kann Teil unserer Gemeinschaft sein. Wer das verweigert, muss mit Konsequenzen rechnen. Hier ist die Bundesregierung gefordert, konsequente Abschiebungen endlich in die Tat umzusetzen. Denn wer unsere Regeln missachtet, unsere Werte ablehnt oder straffällig wird, darf nicht in unserem Land bleiben.

Das ist der neue Kurs in Niederösterreich: weniger Schönreden, mehr Klarheit. Weniger falsche Toleranz, mehr Ordnung. Und vor allem mehr Fairness gegenüber allen, die sich an die Spielregeln halten.

Euer Sicherheitslandesrat
Martin Antauer